



Maria Liana Vodiță

Verschollene Staaten

Untergang eines Staates ohne Rechtsnachfolge infolge des anthropogenen Klimawandels im Kontext des Übereinkommens von Paris – Staatenverantwortlichkeit und Rechtsfolgen

Schriften zum Völkerrecht, Band 258

242 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18812-3, geb., € 79,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428188123

Der Meeresspiegelanstieg ist eine der signifikantesten Auswirkungen des anthropogen verursachten Klimawandels. Gemäß Art. 2 Pariser Übereinkommen soll der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur möglichst auf 1,5°C, jedenfalls aber auf deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Dieses Temperaturziel beruht auf naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, denen zufolge eine Überschreitung des 2°C-Ziels zu einem solch erheblichen Anstieg des Meeresspiegels führen würde, dass er den Untergang einiger Inselstaaten zur Folge hätte. Die Dissertation untersucht die völkerrechtliche Verantwortlichkeit insbesondere der Industriestaaten sowie die daraus resultierenden Rechtsfolgen infolge des klimawandelbedingten Untergangs eines Staates ohne Rechtsnachfolge im besonderen Kontext des Pariser Übereinkommens. Zur Veranschaulichung der zu untersuchenden Fragestellungen werden die Inselstaaten Kiribati und Tuvalu als Fallbeispiele beleuchtet.

Inhalt

1. Einleitung

2. Staatenverantwortlichkeit für den klimawandelbedingten Untergang eines Staates im Kontext des Pariser Übereinkommens

A. Pflichtverletzung: Das völkerrechtliche Klimaschutzregime — Prinzipien des Umweltvölkerrechts — Völkerrechtliche Verpflichtungen — Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen

B. Weitere Voraussetzungen: Schaden — Kausalität — Kein Ausschluss der Staatenverantwortlichkeit

3. Geltendmachung einer Staatenverantwortlichkeit für den klimawandelbedingten Untergang eines Staates

A. Geltendmachung durch einen Staat: Voraussetzungen von Staatlichkeit — Verlust der Staatlichkeit — Kontinuität der Staatlichkeit — Ergebnis

B. Geltendmachung ohne Staatsqualität: Geltendmachung durch andere Völkerrechtssubjekte — Völkerrechtssubjektivität — Zwischenergebnis

C. Weitere Tatbestandsvoraussetzungen

4. Rechtsfolgen

A. Anspruchsinhalt: Umsiedlung des gesamten Staatsvolkes — Migration durch Individuen — Geltendmachung eines Anspruchs auf Aufnahme — Ergebnis

B. Haftungsumfang

C. Durchsetzbarkeit

5. Schlussbetrachtung und Ausblick

Literatur- und Stichwortverzeichnis